

Zur Information im Ausschuss für Feuerwehr, Hochwasser- und Katastrophenschutz am Mittwoch, dem 24. August 2016.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Katastrophenschutz

- Der Tagesordnungspunkt sieht eine allgemeine Information über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Katastrophenschutz vor
- Dieses Thema ist, um es mit Fontanes berühmtem „Effi Briest“-Zitat zu umschreiben, „ein weites Feld“.
- Wie also beginnen? Wo aufhören?

Wie es der Zufall will und sich die öffentliche Diskussion der zurückliegenden Tage in den Medien damit befasste, möchte die Bundesregierung heute ein Konzept für die zivile Verteidigung verabschieden, wonach „die Bevölkerung im Notfall zum Selbstschutz fähig sein (soll), bevor staatliche Maßnahmen anlaufen, um eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser, Energie und Bargeld sicherzustellen.“ (Spiegel Online)

- Das beweist erst einmal zweierlei:
 - 1.) Es wird eine wie auch immer existentiell bedrohliche Lage für zwar unwahrscheinlich, aber immerhin doch möglich gehalten;
 - 2.) Eine Vorsorge erscheint in jedem Fall wichtig, ansonsten würde ein solcher Beschluss nicht herbeigeführt werden.
- Dass der eine oder andere deshalb bereits von Panikmache sprach, zeigt das schwierige Umfeld, in dem wir uns hier bewegen: „Kommunikation“. Sagt man nichts, kann es genauso verkehrt sein wie wenn man etwas sagt, denn der Zeitpunkt und die Art und Weise des Mitteilens wollen ebenfalls wohl überlegt sein.
- Doch weniger die Form der Kommunikation soll in meiner Information erörtert werden, als vielmehr die Mittel, die uns zur Verfügung stehen.
- Und wie man am Beispiel des erwähnten Regierungsbeschlusses zur Vorbereitung der Bevölkerung auf mögliche Notsituationen und Ernstfälle erkennen kann, gilt grundsätzlich auch für Kommunalverwaltungen wie die Stadt Dessau-Roßlau: Man muss vorbereitet und gewappnet sein. Vorbereitet, auf einen wie auch immer gearteten Notfall, Krisenfall, Katastrophenschutzfall

oder wie auch sonst der Ausnahmefall im Einzelnen jeweils benannt werden mag.

- Vorbereitet in dem Sinne, um im Ernstfall mit der notwendigen *Personalstärke* und *technischen Infrastruktur* sowie mit dem nötigen *Know-how* aufwarten zu können, das zur Bewältigung des Krisenfalls erforderlich ist.
- Nach dieser grundsätzlich Aufteilung komme ich zuerst zum Thema Personal, über das ich nur unter Einschränkungen informieren kann, da dies anderen Zuständigkeiten unterliegt.

Personal

- Im Krisenfall, der Naturkatastrophen wie Hochwasser oder ähnliches ebenso zum Inhalt haben kann wie jede andere denkbare, von Menschen verursachte Schadenssituation, tritt je nach Dimension der Krisenstab zusammen, der „Katastrophenschutzstab des Oberbürgermeisters“, wie er korrekt heißt, dem sechs Stabsbereiche zugeordnet sind.
- Stabsbereich 5, um den es heute geht, kümmert sich um die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und nimmt am kompletten Stabsgeschehen teil, um komplett über die vorhandene oder drohende Situation informiert zu sein. Da kann es sich um Stunden, Tage, wie wir nach 2002 und 2013 wissen, sogar um Wochen handeln.
- Einen wichtigen Anknüpfungspunkt bildet Stabsbereich 6 zur Information der Bürger, der hauptsächlich und permanent mit den für die Öffentlichkeit vorliegenden Informationen aus dem Stabsbereich 5 gespeist wird.
- Leiter S 5 (Pressesprecher oder seine Vertretung) nehmen an den Stabsbesprechungen teil und ziehen daraus – in Rücksprache mit dem operativen Leiter des Katastrophenschutzstabes oder dem OB – ihre Informationen für Pressemeldungen oder Hinweise in öffentlich zugänglichen Informationsportalen (Internet, Soziale Medien)
- Der dauerhafte und zuverlässige Strom an relevanten und glaubhaften Informationen ist für die Stabilität der Lage enorm wichtig. Zu Beginn des Hochwassers 2013 wurde, nachdem Rufe wegen mangelnder Informationen laut wurden, im Stab entschieden, unabhängig von der herrschenden Lage alle zwei Stunden Meldungen zu veröffentlichen. Dies hatte sich daraufhin in der Praxis hervorragend bewährt und zugleich die Medienanfragen kanalisiert. War die Lage in der Nacht erwartungsgemäß ruhiger, wurde auch dies mitgeteilt, was nicht heißt, dass das Hochwasser sich dem Schichtsystem unterordnete...
- Der Stabsbereich S 5 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – wird zu einem Teil durch die Pressestelle besetzt und zu einem weiteren Teil durch Kolleginnen und Kollegen anderer Ämter/Abteilungen unterstützt.

- Dies ist kein unwichtiger Hinweis, da man bedenken muss, dass trotz der herrschenden Notlage – gerade wenn es sich um einen längeren Zeitraum handelt – das „normale Leben“ trotzdem weiterläuft und die Pressestelle deshalb auch für diese normalen Themen im Rathaus weiterhin arbeitet.
- Sowohl 2002 als auch 2013, als die Arbeit des Katastrophenschutzstabes über mehrere Wochen anhielt, konnte die Arbeit personell stets ausreichend abgesichert werden, muss vielmehr gesagt werden, dass – wie in den anderen Stabsbereichen auch – die Mitarbeiter immer mehr, als nur das Notwendige zu geben bereit waren. Jedoch führt die rasante Zunahme an unterschiedlichen Plattformen für Kommunikation perspektivisch zur personellen Überlastung, die einer Lösung bedarf. An dieser Stelle tritt aber eine andere Zuständigkeit ein, so dass ich nur diese globale Einschätzung für den Bereich S 5 zu geben vermag.

Technische Infrastruktur

- Grundsätzlich ist zu sagen, dass im Katastrophenschutz die gleichen technischen Grundvoraussetzungen gelten wie im krisenfreien Normalfall. Mit dem Unterschied, dass ein Technikausfall größere und möglicherweise schlimmere Auswirkungen hat als an einem beliebigen Werk- oder Feiertag.
- Um die eingangs beschriebene bestmögliche Anbindung von S 5 an das Stabsgeschehen zu gewährleisten, stehen den Stabsmitgliedern in der Feuerwache deshalb die gleichen Arbeitsmittel (PC, Telefon, E-Mail- und Internetzugang) wie am Arbeitsplatz im Rathaus zur Verfügung.
- Gerade mit Hinblick auf die Hochwasserkatastrophe von 2013 fällt die Einschätzung zur Einsatzbereitschaft der Technik (Infrastruktur) rückblickend jedoch nicht so euphorisch aus, da – für die Öffentlichkeit unbemerkt – das veraltete Redaktionssystem des Internetauftrittes der Stadt Dessau-Roßlau bei der technischen Umsetzung der zweistündlichen Meldungen zeitweise Schwächen zeigte.
- Aus diesen Erfahrungen schöpfend wurden ab 2013 wiederholt finanzielle Mittel zur Modernisierung des Internetauftrittes der Stadt Dessau-Roßlau beantragt und 2016 auch bewilligt. Momentan befinden wir uns in der Phase der Überarbeitung. Ziel ist es, zum bevorstehenden Jahreswechsel online zu gehen.
- Den vielen Informationen, die in sozialen Medien, wie z. B. auf Facebook verbreitet wurden, hatte der Katastrophenschutzstab 2013 offiziell noch nichts entgegenzusetzen und musste sich deshalb provisorisch behelfen durch die Nutzung des privaten Profils eines Mitarbeiters.
- Nach verschiedenen verwaltungsinternen Anläufen betreut die Pressestelle seit Februar 2016 einen offiziellen städtischen Facebook-Auftritt, so dass auch diese Kanäle aus dem Bereich „Soziale Medien“ bereits zum Tagesgeschäft zählen dürfen und bei allen noch vorhandenen Ausbaumöglichkeiten eine Situation wie 2013 nicht mehr ins Haus steht.

- Um hier eine die ganze Stadt repräsentierende Lösung herbeizuführen, finden derzeit noch Abstimmungen statt, um diese Aufgabe bald auf mehr Schultern verteilen zu können.
- Aber, wie gesagt: Im Hinblick auf ein Notfallszenario ist die Stadtverwaltung Dessau-Roßlau bereits jetzt, anders als noch 2013, besser in den Sozialen Medien gerüstet und kann auf eine quasi alltägliche Praxis zurückgreifen.
- Über die üblichen Formen der Krisenkommunikation, in die das Internet und die Sozialen Medien bereits einbezogen sind, bestehen auch noch weitere Möglichkeiten, die Bevölkerung über Notfall-Apps oder ähnliche Angebote gezielt zu informieren (Handy, Smartphone). Hierüber liegen mir noch keine abschließenden Erkenntnisse vor. Es bestehen aber seitens des Landes als auch innerhalb unserer Verwaltung bereits Überlegungen, wie mit diesem Thema einheitlich verfahren werden soll. Denn dies ist vor allem wichtig: dass die miteinander verbundenen Behörden auf kommunaler und Landesebene nicht nur eine Sprache sprechen, sondern auch die gleiche Infrastruktur nutzen.

Know-how

- Da weder die Bundesregierung – wie man derzeit lesen und hören kann – noch wir vor Ort hier über eine genaue oder auch nur ungefähre Kenntnis drohender Notfallszenarios verfügen, sondern nur Eventualitäten proben können, haben sich die turnusmäßigen Schulungen der Mitglieder des Stabes an unterschiedlichen Fortbildungsorten bewährt.
- Mehrmals im Jahr treffen sich die Stabsmitglieder unter Anleitung des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst zu Übungs- und Schulungsterminen.
- In den Seminarschulungen des Bundes in Ahrweiler bei der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz wird regelmäßig auch über Fragen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit referiert.
- Die Herausforderungen in der Kommunikation sind in den zurückliegenden Jahren zudem um einiges gestiegen, da auch die Formen der Kommunikation weiterhin rapide zunehmen.
- Hier heißt es, bei aller vorhandenen Motivation der Mitarbeiter, auf die ich eingangs zu sprechen kam, am Ball zu bleiben, inhaltlich wie auch bezüglich der Infrastruktur.
- Eine dauerhafte und zuverlässige Pflege der technischen Infrastruktur sowie der sukzessive Ausbau der sich rasant fortentwickelnden Medien wie Internet, Apps etc. pp. erscheinen – bei allem Know-how – auch weiterhin dringend geboten, weshalb Investitionen in diese auch künftig als wichtig und auch erforderlich erachtet werden müssen.

- Das sind die Lehren aus 2013. Und seien wir ehrlich: Seit einer guten Generation ist kaum etwas einem schnelleren Wandel unterzogen, als die Formen der Kommunikation, und hier bleibt für Dessau-Roßlau – ob im Katastrophen- oder im Normalfall – genügend Luft nach oben.